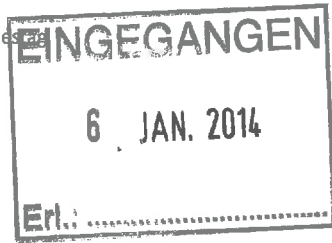


CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Frau
Hanni Gramann
Attac Deutschland
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/Main



Parlamentarischer Geschäftsführer
Stefan Müller MdB

Büro: Jakob-Kaiser-Haus JKH 3.310
Telefon: 030 / 227 702 12 / 3
Telefax: 030 / 227 763 16
E-Mail: stefan.mueller@bundestag.de
Internet: www.csu-landesgruppe.de

17.12.2013

Sehr geehrte Frau Gramann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 8. November 2013, den Sie gemeinsam mit Herrn Dr. Harald Klimenta und Herrn Steffen Stierle verfasst haben. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag beantworte ich Ihr Schreiben gerne auch im Namen unserer Landesgruppenvorsitzenden, Frau Gerda Hasselfeldt MdB, und meiner Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landesgruppe, die Sie ebenfalls angeschrieben haben.

In Ihrem Schreiben kritisieren Sie die Verhandlungen über die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (THIP). Sie befürchten, dass es im Zusammenhang mit der THIP zu einer Vertiefung des Standortwettbewerbs, einer Verringerung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten und zu einem Abbau sozialer und ökologischer Standards kommt.

Diese Befürchtungen teile ich nicht. Die Vereinigten Staaten sind Deutschlands wichtigster Freund und Partner außerhalb Europas. Für die CSU-Landesgruppe ist und bleibt die gute Beziehung zu den Vereinigten Staaten ein Grundpfeiler der deutschen auswärtigen Politik. Durch den Abbau von Handelsabkommen haben wir jetzt die Chance, die nordatlantische Partnerschaft weiter zu festigen und mehr Wachstum und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks zu schaffen. Diese Chance dürfen wir nicht verstreichen lassen.

Ein solches Abkommen würde Importwaren verbilligen und zugleich neue Arbeitsplätze für hochqualifizierte Arbeitnehmer in der deutschen Exportindustrie schaffen. Zudem würde die THIP die beiden größten westlichen Demokratien im weltweiten Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften stärken. Nur eine Einigung von EU und den Vereinigten Staaten könnte auch verhindern, dass andere Volkswirtschaften, wie etwa China, der Welt ihre Standards aufzwingen.

Anders als Sie andeuten, geht es auch keinesfalls um die Absenkung von Standards: Ziel ist es vielmehr, sinnlose Mehrfachprüfungen auf beiden Seiten des Atlantiks zu vermeiden. Der Verzicht auf solche doppelten Tests würde enorme Kosteneinsparungen bringen, die vor allem auch den Mittelstand sehr entlasten würden.

Soweit Sie das Verfahren als undemokratisch und unausgeglichen kritisieren, vermag ich Ihrer Einschätzung nicht zuzustimmen: Die europäischen Verträge sehen für Handelsabkommen aus guten Gründen der Praktikabilität keine Verhandlungsführung durch das Europäische Parlament oder die 28 nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten vor. Nichtsdestotrotz ist natürlich eine enge Einbindung der Parlamente – ebenso wie der verschiedenen Verbände und Nichtregierungsorganisationen – in den Prozess im ureigenen Interesse der Verhandlungsführer. Ein breiter Dialog bereits während der Verhandlungen ist von essentieller Bedeutung für die Erfolgchancen des Abkommens, da die Parlamente letztlich das ausgehandelte Abkommen billigen müssen.

Was Ihre übrigen Bedenken angeht, kann ich Ihnen versichern, dass sich die CSU-Landesgruppe im Sinne der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages für den Schutz der von Ihnen genannten Aspekte einsetzen wird. Im Koalitionsvertrag haben CSU, CDU und SPD den Willen betont, die Verhandlungen über THIP „erfolgreich zum Abschluss zu führen, ohne im Vertrag parlamentarische Kontrolle und gerichtlichen Schutz in Frage zu stellen. Unser Ziel ist dabei, bestehende Hindernisse in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich abzubauen. Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss für jede Vertragspartei Teil des Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der Schutzstandards der Europäischen Union insbesondere im Bereich des Datenschutzes, der europäischen Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelstandards sowie auf den Schutz von Verbraucherrechten und öffentlicher Daseinsvorsorge sowie von Kultur und Medien Wert legen.“ An anderer Stelle wird zudem gesondert hervorgehoben, dass „bei EU-Handelsabkommen [...] die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigt werden [soll], damit der Freihandel nicht zum Einfallstor für Lohn- und Sozialdumping wird.“

Die Sorgen der Menschen angesichts des unkontrollierten staatlichen Zugriffs auf ihre Kommunikation nehmen wir ernst. Die EU muss daher mit den USA auch über den Datenschutz, den Schutz der Privatsphäre sowie des geistigen Eigentums sprechen und dies in einer rechtlich bindenden Form festhalten.

Mit freundlichen Grüßen